

SPD Sozialdemokratischer pressediens

P/XXIX/235

10. Dezember 1974

Der Erfolg ist vorauszusetzen

"Bisher das Positivste, was wir aus der DDR gehört haben"

Von Klaus Schütz
Regierender Bürgermeister und SPD-Landesvorsitzender
von Berlin und Mitglied des SPD-Vorstandes

Seite 1 und 2 / 66 Zeilen

Wir werden hart arbeiten!

Sozialliberales Bündnis in Hessen erneuert

Von Albert Osswald MdL
Hessischer Ministerpräsident, Vorsitzender der
hessischen Sozialdemokraten und Mitglied des
SPD-Vorstandes

Seite 3 / 35 Zeilen

Nachruf auf eine politische Eintagsfliege

Die Opposition gibt sich der Lächerlichkeit preis

Von Hermann Dürr MdB
Vorsitzender des Arbeitskreises Rechtswesen der
SPD-Bundestagsfraktion

Seite 4 und 5 / 56 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

"Jesus abtreiben?"

Seite 6 / 42 Zeilen

Der Erfolg ist vorauszusetzen

"Bisher das Positive, was wir aus der DDR gehört haben"

Von Klaus Schütz

Regierender Bürgermeister und SPD-Landesvorsitzender von Berlin
und Mitglied des SPD-Vorstandes

Die innerdeutsche Kreditgewährung mit günstigen Bedingungen für die DDR gab es schon zu Zeiten CDU-geführter Bundesregierungen, und schon damals wurde bei jedem unfreundlichen Akt der DDR die Forderung laut, diesen innerdeutschen Handel als politisches Druckmittel einzusetzen. Das unterblieb, bei Konrad Adenauer und Ludwig Erhard, unter anderem auch deshalb, weil von diesem Handel nicht zuletzt auch die beteiligten Wirtschaftsunternehmen der Bundesrepublik profitierten. Umso größer ist das Verdienst der sozialliberalen Regierungskoalition unter Bundeskanzler Helmut Schmidt, dieses Mittel zum ersten Mal in seinen Möglichkeiten voll genutzt zu haben. Es wurde der erfolgreiche Versuch gemacht, den sogenannten Swing mit weiteren Verhandlungsthemen zu verknüpfen, die für Bundesregierung und Senat von Berlin von Bedeutung sind.

Zunächst einmal muß hervorgehoben werden: Die DDR kam nicht daran vorbei, den ersten Schritt vor dem zweiten zu tun. Erst nachdem sie eindeutig eingewilligt hatte, weitgehend und endlich zur Geschäftsgrundlage der Besuchs- und Reiseregelung zurückzukehren, konnte auch die Verlängerung des Swings in Aussicht genommen werden. Diese Voraussetzung wurde von der DDR geschaffen. Erstmals wird der innerdeutsche Handel in stärkerem Maße seinem eigentlichen Sinn und Auftrag gerecht.

Es war immer das erklärte Ziel aller Bundesregierungen, mit dem innerdeutschen Handel nicht nur die wirtschaftlichen, sondern auch die menschlichen Kontakte über die politischen Grenzen hinweg in Deutschland zu stärken. Wenn das Bundeskabinett in Bonn jetzt der Verlängerung des Swing-Abkommens zustimmt, dann nur unter der Voraussetzung, daß die DDR in eine Reihe wichtiger verkehrs- und wirtschaftspolitischer Verhandlungen eintritt, die nicht nur den Zusammenhalt zwischen dem Bundesgebiet und Berlin (West) verbessern und festigen helfen, sondern auch die Kontaktmöglichkeiten zwischen den beiden deutschen Staaten insgesamt intensivieren. Wir nehmen diese zusätzlichen

Erleichterungen mit Befriedigung zur Kenntnis.

Die DDR hat sich lange geziert, und erst nach einigen Umwegen und Ausweichmanövern bereitgefunden, dem Senat von Berlin eine lange positive Liste von Vorschlägen zu unterbreiten. Dennoch muß gesagt werden: Gemessen an dem, was die Berliner seit langem von der DDR-Führung gehört haben, ist dies das bisher Positivste. Es ist jedenfalls das erste Angebot, was uns seitdem mit Befriedigung erfüllen kann.

Reisen und Besuche in die DDR werden künftig nicht nur finanziell wieder erleichtert; die Reisemöglichkeiten werden auch durch generelle Erlaubnis der Pkw-Benutzung und die allgemeine Einreisegenehmigung für alle DDR-Gebiete erheblich verbessert. Die Bereitschaft der DDR, über die Öffnung des Teltow-Kanals von Westen her Vereinbarungen zu treffen, die bestehenden Transit-Strecken auszubauen und neue Verbindungen zu schaffen, den Eisenbahnverkehr zwischen Berlin (West) und der Bundesrepublik deutlich zu verbessern, verstärkt Wirtschaftsprodukte aus Berlin (West) zu beziehen und einige wichtige innerstädtische Vereinbarungen zügig und konstruktiv zum Abschluß zu bringen - all dies kann mithelfen, die innerdeutschen Beziehungen zu verbessern, die Periode des Stillstandes beim Interessenausgleich zwischen Ost und West zu beenden und die Lage zum Wohle der Menschen in Ost und West weiter zu normalisieren.

Insgesamt bewerte ich den Vorgang mit dem notwendigen Abstand und realistischer Distanz. Aber schon in allernächster Zeit kann sich kurzfristig erweisen, wo und wie den Worten Taten folgen kann. Natürlich geht es dabei - wie beim langfristigen Müllabkommen für West-Berlin - auch um geschäftliche Abschlüsse, bei denen Leistungen und Gegenleistungen zu erbringen sind. Diese Geschäfte würden jedoch auf keinen Fall zustandekommen, wenn wir dabei als Partner nicht auch profitieren könnten und für unsere Zahlungen nicht handfeste Vorteile einhandeln würden.

Geschäfte, von denen beide Seiten profitieren, sind bekanntlich die verlässlichsten und dauerhaftesten. Deshalb besteht guter Grund, für die weitere Entwicklung der jetzt in Gang gebrachten Projekte den Erfolg vorauszusetzen.

(-/10.12.1974/ks/ee)

+ + +

Wir werden hart arbeiten !

Sozialliberales Bündnis in Hessen erneuert

Von Albert Osswald MdL

Hessischer Ministerpräsident, Vorsitzender der hessischen
Sozialdemokraten und Mitglied des SPD-Vorstandes

Die Fortsetzung der sozialliberalen Koalition in Hessen ist gesichert. In rund sechs Wochen dauernden Verhandlungen haben SPD und FDP tragfähige Kompromisse gefunden, die für die nächsten vier Jahre eine solide Zusammenarbeit beider Parteien ermöglichen. Gewiß, in vielen Einzelfragen mußte hart gerungen werden, bis gegensätzliche Meinungen einen gemeinsamen Nenner fanden und das erneuerte Bündnis verbindlich fixiert werden konnte. Auch in Hessen ist ein Koalitionsvertrag nicht mehr (und erst recht nicht weniger!), als die in Sachpunkten festgelegte Willensbekundung von Partnern, für eine Legislaturperiode gemeinsam Regierungsverantwortung zu tragen. Letztlich finden heute Wünsche und Forderungen am vorgegebenen Rahmen der finanziellen Möglichkeiten die Grenzen ihrer Durchsetzbarkeit. Koalitionspapiere werden stärker vom Rechenstift als vom Herzen diktiert. Das ist nicht nur in Hessen so.

Die Länge der Verhandlungen und die bei solchen Gesprächen übliche und notwendige Diskretion haben unvermeidlich Spekulationen begünstigt. Doch nun ist der Blick auf das Ergebnis frei. Folgende Sachaussagen des Koalitionsvertrages sollen daher als Beispiele genannt werden:

- Die Berufsschulen werden mit den weiterführenden Schulen in Hessen gleichgestellt; gleichzeitig werden die überbetrieblichen Ausbildungsstätten intensiv gefördert und die Versuche mit dem Berufsgrundbildungsjahr verstärkt fortgesetzt.

- Am Ziel, die Gesamtschule in Hessen als Regelschule einzuführen, wird festgehalten; alle laufenden Schulversuche (z.B. mit der integrierten Gesamtschule) werden fortgesetzt, die Rahmenrichtlinien weiter erprobt.

- Vom nächsten Sommersemester an wird an der Universität Frankfurt mit der Erprobung der einstufigen Juristenausbildung begonnen.

- Und schließlich - dies sei am Rande vermerkt -: Das hessische Wahlrecht bleibt unangetastet, auch zukünftig wird es keine Landtagswahl mit Zweitstimmen geben.

Die neue Hessenkoalition ist ohne Alternative. Eine CDU-Regierung in unserem Land - Heinz Kühn sagte für Nordrhein-Westfalen das gleiche - würde die Bundesrepublik zunehmend unregierbar machen und gleichzeitig alle hessischen Erfolge der vergangenen Jahre in Frage stellen. Der Wähler hat SPD und FDP gegen die CDU ein Regierungsvotum gegeben. Wir haben dieses Vertrauensmandat angenommen und werden vier Jahre hart arbeiten.

(-/10.12.1974/ks/ee)

+ + +

Nachruf auf eine politische Eintagsfliege

Die Opposition gibt sich der Lächerlichkeit preis

Von Hermann Dürr MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Rechtswesen der SPD-Bundestagsfraktion

Der Nikolaustag war - man muß es der Seltenheit wegen rot im Kalender anstreichen - im Bundestag "frei für Ausschüsse". Der Rechtsausschuß hatte sich für diesen Freitag vorgenommen, die Reform des Strafverfahrensrechts so weit zu behandeln, wie dies vor der für 11. Dezember angesetzten Sachverständigenanhörung überhaupt möglich war. Er wollte sich ferner mit dem Ehenamensrecht befassen.

Über die Reihenfolge der zu behandelnden Themen gab es Meinungsverschiedenheiten. Ein Koalitionsentwurf, mit dem Namensrecht zu beginnen, wurde wegen einer Zufallsmehrheit der CDU/CSU abgelehnt. Das veranlaßte den CSU-Abg. Dr. Wittmann, sich als Retter des Vaterlandes zu fühlen und laut ins Horn (einer CSU-Pressemitteilung) zu stoßen. Für den Recken aus Bayern zeichnete es sich ab, "daß die Bundesregierung und die Koalitionsparteien den Schutz unseres Rechtsstaates trotz fadenscheiniger Lippenbekenntnisse blockieren".

Mit dieser brennenden Sorge im Handgepäck fuhr Dr. Fritz Wittmann, nachdem er nach Partisanenart einen überraschenden Schuß abgegeben hatte, zur CSU-Zeit, Freitag 11.00 Uhr, nach Hause. Er erfuhr nichts mehr davon, daß der Rechtsausschuß, wie vorauszusehen war, sein Pensum Strafprozeßreform und Namensrecht an diesem Tag vollständig erledigt hatte. Damit war die Frage, ob man Tagesordnungspunkt 2 vor Punkt 1 behandeln sollte oder umgekehrt, eine völlig unwichtige Querele geworden. Die Eintagsfliege war bereits nach drei Stunden (allerdings kurz vor Redaktionsschluß der Wochenendzeitungen) verblichen.

Aber noch am Montag führte die Eintagsfliege ein publizistisches Eigenleben. Der Rechtsausschuß-Vorsitzende Dr. Carl Otto Lenz CDU-MdB, der

an der Freitagsitzung seines Ausschusses nicht teilnehmen konnte, ließ sich wie folgt vernehmen: "Während der Bundesjustizminister einer beschleunigten Anpassung der Rechtsvorschriften der Strafprozeßordnung an die jüngsten Erkenntnisse im Zusammenhang mit dem Baader-Meinhof-Komplex den Vorrang gebe, hielten anscheinend Teile der SPD eine nur ideologisch begründete Änderung des Namensrechts für die vordringliche rechtspolitische Aufgabe unserer Tage." Und dann wurde der CDU-Politiker Lenz noch hanebüchener: "Weiter kann man sich von den unser Volk bedrängenden Sorgen über die Fähigkeiten unseres Staates, mit Terroristen fertig zu werden, nicht entfernen."

Man kann sich bildhaft vorstellen, mit welcher Aufmerksamkeit die Anarchisten in ihren Zellen und Schlupfwinkeln am Freitag verfolgt haben, ob der Rechtsausschuß die Strafprozeßordnung vor dem Namensrecht diskutiert hat oder umgekehrt. Wenn nicht die Ehe- und Familiennamen des Bundesjustizministers und des zuständigen CDU-Arbeitskreisvorsitzenden zu mißverständlicher Vieldeutigkeit Anlaß gäben, könnte man sagen, Dr. Lenz habe mit seiner Tirade den Vogel abgeschossen. Weil Dr. Lenz aber an der Freitagsitzung seines Ausschusses nicht teilnehmen konnte, verdient sein Montagsmonitum eher den gut schwäbischen Kommentar "Weit vom Schuß gibt alte Krieger"; was auf hochdeutsch etwa besagt, daß man klug schwätzen kann, wenn man weit vom Schauplatz der Ereignisse entfernt ist.

Immerhin, die Opposition tut alles, um der Bevölkerung zu zeigen, wie sehr das Vaterland durch die verantwortungslose Regierungskoalition in Gefahr gebracht werde. Tat sie es bisher mit dem Hinweis darauf, daß der Bundesjustizminister und andere von krimineller Baader-Meinhof-Vereinigung anstatt von Bande gesprochen hatten, so muß nun der Versuch der Koalition, eine vollständig bewältigte Tagesordnung in "falscher" Reihenfolge abzuwickeln, als weiterer Versuch eines Seeweises herhalten. Wahrlich zu viel Ehre für eine schon nach drei Stunden verstorbene Eintagsfliege!
(-/10.12.1974/bgy/se)

+ + +

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

"Jesus abtreiben?"

Die "Katholische Nachrichten-Agentur (KNA)" hat am 6. Dezember in der Rubrik "Aktueller Dienst Kultur" eine "Sequenz, bei Kerzenschein an der Krippe zu singen" von Marion Miller verbreitet. Nach dem Begleittext der KNA handelt es sich dabei um eine "eigentümliche Verbindung von Strafpredigt und Weihnachtslied, von Zeitkritik und Gebet" mit dem "einfachen wie beklemmenden Grundgedanken": "Was wäre mit Jesus, dem 'unehelichen' Kind passiert, wenn es heute, nach der Abschwächung des Abtreibungsverbots und angesichts wachsender medizinischer Perfektion, von Maria empfangen worden wäre?". Die KNA überschreibt daher ihren Begleittext auch mit der Schlagzeile "Jesus abtreiben?". Das "Weihnachtsgedicht" Marion Millers hat folgenden Wortlaut:

"Da könnte ja jeder kommen

Neunzehnhundertvierundsiebzig
haben wir
dir zuliebe
den Zweihundertachtzehn
abgeschafft

Denn du
bist sozial und überhaupt
wertlos
für Sprößlinge wie dich
kann heutzutage
niemand
die Verantwortung übernehmen
denn solche Kinder
stiften nur Unruhe
und fallen später
der Gesellschaft zur Last

Jedes Kind falls es geboren wird
hat das Recht
erwünscht zu sein
du aber
bist unerwünscht

Auf diesem Gebiet sind wir
deinem Vater sei Dank
um einiges weiter
und viel humaner
als im Jahre Null

Denn wir haben
Indikations-, Fristen- und Endlösungen
für Unglücksfälle
wie dich

Was heißt da: Leben
wir treten uns so schon
gegenseitig auf die Füße
da könnte ja
jeder kommen

Für deinen sogenannten Vater Josef
hätte sich
an irgendeinem Fließband
bestimmt
produktivere Arbeit gefunden

Und deine ledige Mutter Maria
hätte sich in diesen Tagen
emanzipiert und hochbezahlt
als nützliches Glied dieser Gesell-
schaft

beweisen können
indem sie
beispielsweise
in einer medizinisch einwandfreien
Abtreibungsklinik
für fachmännische Sonderbehandlungen
und Sterilität
Sorge getragen hätte

Gib zu:
da könnten ja
wirklich
alle Kinderlein kommen

Was heißt schon:
Leben
neunzehnhundertvierundsiebzig."

(~/10.12.1974/ka/ee)

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller